



[Was ist das GATS](#)

[Sieben Gründe gegen das GATS](#)

[GATS und öffentliche Dienste](#)

[Beispielsammlung für die fehlgeschlagene Liberalisierung öffentlicher Dienste](#)

1. Was ist das GATS

Das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (**General Agreement on Trade in Services: GATS**) ist eine der zentralen Säulen der 1995 gegründeten Welthandelsorganisation WTO. Der Dienstleistungssektor macht in den Industrieländern bereits zwei Drittel der Wirtschaftsleistung aus, entsprechend groß ist das Interesse der führenden Konzerne an einer weltweiten Liberalisierung (und Privatisierung) von Bank und Versicherungsgeschäften, Bildung, Gesundheit, Wasserversorgung, Telekommunikation, Post, Strom, Gas, Wasser, Transport, Tourismus, Medien und weiteren 150 im GATS aufgelisteten Dienstleistungen.

2. Sieben Gründe gegen das GATS

Ein Verhandlungsstopp wird nicht leichtfertig gefordert.
Es gibt zentnerschwere Gründe.

1. Falscher Ansatz

Ein UNO-würdiger Ansatz für eine globale Politik zum Thema Dienstleistungen müsste lauten: "Wie können alle Menschen mit essentiellen Dienstleistungen wie Trinkwasser, Gesundheit, Bildung, Alterssicherheit, Energie, Post, Telefon und Internet versorgt werden?" Das Ziel dahinter wäre Armutsbekämpfung, Herstellung von Chancengleichheit, Einlösung von Menschenrechten. Die Mittel dazu wären Schuldenerlass für die armen Länder, Tobinsteuer, Erhöhung der Entwicklungshilfe auf die versprochenen 0,7 Prozent, zinsfreie Kredite für Investitionen in die Daseinsvorsorge.

Der (neokoloniale) GATS-Ansatz lautet hingegen: Wie kann ich "meinen" Konzernen (des jeweiligen WTO-Mitglieds) neue Absatzmärkte (im Süden) und neue Profitsektoren (in der öffentlichen Daseinsvorsorge) erschließen.

2. Angriff auf die Demokratie

Im GATS sind gleich mehrere Prinzipien enthalten, welche den politischen Gestaltungsspielraum von Gemeinden, Ländern und Parlamenten dramatisch einschränken.

- Die zwingende Gleichbehandlung von lokalen und ausländischen Anbietern (Prinzip der "Inländerbehandlung") macht Regionalpolitik oder die Förderung von Nahversorgung unmöglich.
- Die zwingende Gleichbehandlung von armen und reichen Ländern ("Meistbegünstigung") - z. B. Ghana und USA - macht entwicklungspolitische Zielsetzungen zunichte.

- In denjenigen Sektoren, in denen Verpflichtungen eingegangen wurden, dürfen Gesetze, Verordnung und Normen nur noch dann erlassen werden, wenn sie "objektiv und transparent" sind und den freien Dienstleistungshandel "nicht mehr als nötig" beschränken. Andernfalls können diese Regulierungen vor dem WTO-Gericht geklagt werden. Die Nichtbehinderung des Freihandels wird somit zum übergeordneten Verfassungsprinzip, dem sich die gesamte nationale Gesetzgebung unterordnen muss. Ein veritabler Sachzwang wird geschaffen. WTO-Recht steht über nationalem Recht, auch über der österreichischen Bundesverfassung.

3. Daseinsvorsorge in Gefahr

Ziel des GATS ist es, langfristig alle Dienstleistungssektoren (bis auf den Luftverkehr) zu liberalisieren. Erschreckender Weise gilt dies auch für den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge: Gesundheit, Pensionen, Bildung, Wasserversorgung Post, Strom, Telekommunikation, Öffentlicher Verkehr. Fast alle Erfahrungen mit der Liberalisierung/Privatisierung der Daseinsvorsorge zeigen jedoch, dass die Preise und Tarife steigen, dass ein zunehmender Teil der Bevölkerung von der Versorgung ausgeschlossen wird, dass die Versorgungsqualität abnimmt, dass die Verfolgung politischer Ziele wie Umweltschutz, Chancengleichheit oder Regionalförderung zugunsten des ausschließlichen Ziels des maximalen Profits aufgegeben wird und dass sich die Arbeitsbedingungen in den liberalisierten Bereichen dramatisch verschlechtern. Im Bereich der Daseinsvorsorge sind öffentliche Systeme billiger, sozial gerechter und demokratischer. Hier haben der Markt und globaler Konzernhandel nichts zu suchen.

4. GATS verschlechtert weltweit die Situation der Frauen

- Frauen sind im Dienstleistungssektor besonders stark vertreten und von der globalen Verschärfung der Konkurrenz und der damit einhergehenden Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen und der Maximierung des Shareholder Value umso mehr betroffen.
- Wenn öffentliche Bereiche privatisiert werden, ist es aus mit der Gleichbehandlung, und die Lohnschere zwischen Männern und Frauen öffnet sich.
- Und wenn Sozialsysteme beschnitten und privatisiert werden, fallen soziale Aufgaben in den Schoß der Familie zurück: Alten-, Kranken- und Kinderbetreuung wird üblicherweise - und unentgeltlich - von Frauen verrichtet.

5. GATS vertieft die Nord-Süd-Kluft

Nicht kambodschanische Finanz-, Computer- und Telekomkonzerne drängen auf den EU- und US-Markt, sondern umgekehrt. Das GATS ebnet den Weg für eine neue Kolonialisierungswelle. Westliche Konzerne werden sich die Märkte in den armen Ländern aufteilen, bevor diese in der Lage sind, eigene Dienstleistungssektoren aufzubauen. Die große Mehrheit der Menschen wird damit in die Abhängigkeit der Global Players getrieben.

Die Entwicklungsländer wollten keine neuen Liberalisierungsrunden innerhalb der WTO, sie wurden von den Industrieländern aber zum Teil mit Drohungen und Erpressungen (Streichung der Entwicklungshilfe) K.O.-verhandelt. Die EU verlangt von den meisten Entwicklungsländern die Öffnung des gesamten Energiesektors, des Telekom- und Finanzsektors, des Personentransports, des Postwesens, des Tourismus, der Umweltdienstleistungen und der Wasserversorgung. Die bekannte indische NGO Equations bezeichnet diese Forderungen als "frontale Attacke gegen die indische Verfassung".

6. GATS ist unvereinbar mit Nachhaltiger Entwicklung

- Die WTO ist nicht Teil des UN-Systems und nimmt in ihren Verträgen keine Rücksicht auf "handelsfremde" Politikfelder wie Umweltschutz oder Arbeitsrecht. Die GATS-Verhandlungen sind weder mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) noch mit Interregierungsorganisationen (IGOs) wie dem Umwelt- oder dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNEP, UNDP) oder der Weltgesundheitsorganisation abgestimmt. Der Ansatz ist Freihandel pur.
- Folglich werden bedenkenlos hochproblematische Dienstleistungen der Liberalisierung preisgegeben: Müllverbrennung, Ölförderung, Pipelinebau, Abfallbehandlung, Abwasserentsorgung u. a. "Umweltschutz" findet nur am Ende der Verschmutzungskette statt ("end of the pipe"), wodurch eine Vermeidung der verschmutzenden Aktivitäten verhindert wird.

- Die einseitige Liberalisierung z. B. des Strommarktes ohne gleichzeitige ökologische, soziale und kartellrechtliche Flankierung - Grundgebührenbefreiung für sozial Schwache, progressives Tarifmodell, verpflichtender Mindestanteil und kostendeckende Einspeisetarife für Ökostrom, strenge Fusionskontrolle - widerspricht zutiefst einer nachhaltigen Entwicklung.
- Die oben beschriebene Knebelung der Demokratie - Umweltschutzgesetze dürfen nur dann erlassen werden, wenn sie den Freihandel mit Dienstleistungen nicht mehr als nötig behindern -, stellt einen inakzeptablen Stolperstein für nachhaltige Entwicklung dar.

7. Geheimverhandlungen

Es ist für eine Demokratie unverzeihlich, dass so weitreichende globale Wirtschaftsverhandlungen hinter verschlossenen Türen stattfinden. Die Mehrheit der österreichischen ParlamentarierInnen wusste vom GATS bis Mitte September 2002 nichts. In den Aussendungen der Austria Presse Agentur (APA) kam das Wort "GATS" von September 2001 bis September 2002 gezählt 11mal vor. (Das Wort "Hollywood" 1209mal.) Auf der Homepage des Wirtschaftsministeriums finden sich bis heute weder die Forderungen noch die Angebote Österreichs. Es ist eine Mindestanforderung an die Demokratie, globale Wirtschaftsverträge öffentlich zu verhandeln und im Zweifelsfall einer Volksabstimmung zu unterziehen.

3. GATS und öffentliche Dienste

„Die öffentlichen Dienstleistungen sind vom GATS ausgenommen.“

Reaktion der ÖVP auf Stopp-GATS-Kampagne

= FALSCH

Widerlegung

= für die EU formell richtig aber für Österreich falsch

- Die EU hat eine Ausnahmeklausel für „öffentliche Dienste“ eingetragen – allerdings nur die EU 12.
- Bei Ausweitung der Ausnahmebestimmung auf Österreich droht eine Entschädigungsklage

(= Rücknahme von Liberalisierungsverpflichtung)

Art. 1.3 GATS nimmt zwar „Dienstleistungen, in Ausübung hoheitlicher Zuständigkeit“ vom GATS aus.

Allerdings nur wenn sie:

weder „zu kommerziellen Zwecken, noch auch im Wettbewerb mit einem oder mehreren Anbietern“ erbracht werden. (Annex zu Financial Services)

„Öffentliche Dienste“ sind für die EU ausgenommen aber nicht definiert!!

Beispiele aus dem GATS Vertrag:

- Zentralbanken
- Öffentliche Pensionskassen
- Öffentliche Sozialversicherungssysteme
- Die EU Kommission möchte nur „Wasser, Strom, Gas, Telefon u. ÖPNV“ in die Definition
- Das EU Parlament auch Gesundheit und Bildung

Selbst die Ausnahmen halten nicht!

z.B. die explizite Ausnahme für gesetzliche Sozialversicherungssysteme (Kranken-, Unfall-, Pflichtversicherung etc.) gilt nur so lange, als diese Systeme nicht in Konkurrenz zu privaten Anbietern stehen.

d.h. sollte statt der Pflichtversicherung eine Versicherungspflicht eingeführt werden, fällt der z.B. der Subbereich „Krankenversicherungsdienstleistungen“ voll unter die Bestimmungen des Abkommens!

Mode 4 Problematik

- Mode 4 bestimmt die temporäre Migration natürlicher Personen (z.B. Ärzten, Krankenpflegepersonal, Hebammen etc.)
- d.h. „Inländergleichbehandlung“ = Unbeschränkte Möglichkeit ausländisches Personal ein zu setzen.
- Drohendes Sozialdumping

Beim Feilschen muss jeder irgendwo nachgeben. Pascal Lamy über Gesundheit, Bildung, Kultur etc.

- „Wir müssen bereit sein, über sämtliche Sektoren zu verhandeln, um zu einem „Big Deal“ zu gelangen.“
- „Dies bedeutet für die Vereinigten Staaten ebenso wie für die EU schmerzhaft Einschnitte.“
- „Wir alle wissen, dass wir für unsere Ziele Opfer bringen müssen.“

4. Beispielsammlung für die fehlgeschlagene Liberalisierung öffentlicher Dienste

PENSIONEN

- In Chile wurde das Pensionssystem komplett privatisiert und ist seither das teuerste der Welt: Die Verwaltungskosten verschlingen 30 Prozent der eingezahlten Beiträge. Zum Vergleich: Die Verwaltungskosten der österreichischen Pensionsversicherung betragen 1,8%.
- In Großbritannien betragen die öffentlichen Pensionen rund 350 Euro (5000 Schilling), das reicht nicht zum Leben. In London leben 30% der Pensionisten unter der Armutsgrenze. Die privaten Zusatzpensionen sind nicht nur teurer, sondern auch unsicherer, denn:
 - Kaum lassen die Finanzmärkte etwas aus, krachen weltweit die privaten Pensionskassen und Lebensversicherer: In Japan gingen mit Kyoei Life, Chiyoda Mutual Life und Tokio Mutual Life gleich drei große Lebensversicherer Bankrott; in England „berichtigte“ die renommierte Lebensversicherung Equitable Life über Nacht die Werte aller Depots um minus 16 Prozent; in der Schweiz wurde die Pleite von Vera/Pavos mit öffentlichen Geldern abgemildert. In den USA wurde der Enron-Bankrott zum Pensions-Desaster. Und die österreichischen Pensionskassen kürzen einen Teil der Betriebspensionen – nach nur drei mageren Börsenjahren – 2002 um durchschnittlich 3,5% und 2003 nochmals um durchschnittlich 8%.

GESUNDHEIT und KRANKENVERSICHERUNG

- In den USA steigt die Zahl der nicht krankenversicherten Menschen trotz Wirtschaftswachstum konstant an. 2001 standen bereits 41,2 Millionen Personen oder 15% der Bevölkerung ohne Krankenversicherung da. Eine öffentliche KV gib es nur für Bedürftige (Medicaid) und SeniorInnen (Medicare).
- Auf den Philippinen sind in Folge eines Kosteneinsparungs- und Privatisierungsprogramms bereits 49% der Spitalbetten in privaten Händen. Die Kosten müssen zum großen Teil die PatientInnen tragen. Nach Protesten wurde zwar ein Versicherungssystem eingeführt, dieses deckt jedoch nur 38% der Bevölkerung ab. Die philippinische Regierung verwendet noch 2,6% des Budgets für die Gesundheitsversorgung gegenüber 28,4% für den Schul-dendienst.
- Auch in der Schweiz wird Leistung um Leistung aus dem staatlichen Gesundheitssystem heraus genommen. Zahnarztleistungen müssten bereits privat bezahlt oder versichert werden. Als nächstes sollen alle Leistungen rund um die Schwangerschaft aus dem öffentlichen Gesundheitssystem gestrichen werden – eine besonders frauenfreundliche Privatisierung.
- Der Chef des führenden französischen Versicherungskonzerns Axa begründete eine beabsichtigte Verdopplung der Prämien für Behindertenrenten Anfang 2000 gegenüber Le Monde so: „Ich bin eine Versicherungsgesellschaft, mir geht es um Gewinn, nicht um Solidarität.“

WASSERVERSORGUNG

- Die britischen Wasserversorger haben nach der Privatisierung die Tarife um 50% erhöht und 20.000 Haushalten vorübergehend den sprichwörtlichen Wasserhahn abgedreht, weil sie die steigenden Rechnungen nicht bezahlen konnten. Die Wasserqualität hat sich verschlechtert, die Hepatitis A-Fälle haben sich um 200% erhöht, die von Dysenterie um 600%. Die privaten Versorger sind bereits über 100 Mal wegen Vernachlässigung der Wasserqualität rechtskräftig verurteilt worden.
- In der bolivianischen Stadt Cochabamba wurden die Wasserpreise nach der Privatisierung verdoppelt. Es kam zum Generalstreik, woraufhin das Militär eingesetzt wurde, ein Siebzehnjähriger wurde erschossen. Cochabamba

rekommunalisierte daraufhin die Wasserversorgung. Das ließ sich Bechtel nicht gefallen und verklagte Bolivien vor einer Weltbank-Streitschlichtungsstelle auf 25 Millionen US-Dollar Schadenersatz.

- Auch in der argentinischen Provinz Tucumán stiegen die Wasserpreise nach der Privatisierung um 104 Prozent, und Keime tauchten im Wasser auf. Proteste und Zahlungsboykotte führten zum Rückzug von Vivendi - Générale des Eaux.

POST

Dank Liberalisierung wurden in Österreich 638 der 2300 Postämter geschlossen. In fast 400 Gemeinden ersatzlos. Auch in Deutschland werden demnächst 800 „Post-Agenturen“ geschlossen.

STROM

- In Kalifornien ist der Strommarkt nach der Liberalisierung mehrfach zusammengebrochen.
- Auch in Schweden waren im Winter 2001 waren Zehntausende Haushalte tagelang ohne Strom (Wasser und Wärme), weil die Reparaturtrupps für von Stürmen geknickte Leitungen eingespart wurden. Die Preise sanken nur vorübergehend. Seit der Markt bereinigt ist und drei Konzerne 90% der schwedischen Stromproduktion kontrollieren, geht's bergauf. Allein im letzten Winter (2001) stiegen die Strompreise um 40%. Dazu droht in einigen Jahren eine massive Versorgungskrise, weil die überwiegend im Ausland tätigen Konzerne nicht mehr in Schweden investieren. Auch um die Umwelt kümmert sich der freie Markt nicht. Die einst führende Wasserkraft ist auf Platz drei hinter Kohle und Atomstrom zurückgefallen.
- In Norwegen haben sich die Strompreise infolge der Liberalisierung vervierfacht. Anstatt Reserven zu bilden, haben die privaten Energieversorger den Sommerstrom 2002 auf lukrative Auslandsmärkte exportiert, wodurch es im kalten Winter zu Engpässen und somit zur Preisexplosion kam.
- In Großbritannien wurde der privatisierte Stromversorger British Energy mit einer öffentlichen Finanzspritze in der Höhe von 1,36 Milliarden Euro vor dem Konkurs gerettet.

GAS

- Auch die Gasmarkt-Liberalisierung wird in Österreich zu höheren Preisen und zu sinkender Versorgungsqualität führen, prophezeit Werner Steinecker, Ex-Vorstandsmitglied der Oberösterreichischen Ferngas. Der Grund: Aufgrund des Trends zu Erdgas-Börsen mit Tages- und Stundenpreisen fließe kein Geld mehr in notwendige Infrastruktur.

ÖFFENTLICHER VERKEHR

- In Großbritannien bauen die privatisierten Eisenbahnen einen Unfall nach dem anderen, weil ebenfalls nicht in die Infrastruktur investiert, sondern an die Aktionäre ausgeschüttet wird. Heute kommen in England, das für seine Pünktlichkeit berühmt ist, 80 Prozent aller Züge zu spät. Und wer zur falschen Tageszeit von Birmingham nach London fährt, muss statt 15 Pfund stolze 76 Pfund bezahlen – für dieselbe Leistung! Railtrack, die in eine Aktiengesellschaft umgewandelte Infrastrukturgesellschaft, wurde rückverstaatlicht.
- Im Großraum London wurde der Busverkehr 1986 vollständig dereguliert. Bis 1992 ist die Zahl der Fahrgäste um 22% zurückgegangen, die realen Fahrpreise bis 1996 um 25% gestiegen.
- Im Wien des späten 19. Jahrhunderts wurden die Straßenbahnen noch von Privaten betrieben. Ihre Performance in puncto Qualität, Service und Arbeitsbedingungen war jedoch so miserabel, dass die „Bim“ kommunalisiert wurde.
- Egal, wo der öffentliche Verkehr eingestellt wird, sind die Menschen gezwungen, auf das vielfach teurere, unökologischere und risikoreichere Privatauto umzusteigen. In Österreich sperren die Nebenbahnen im Vorfeld der Bahnliberalisierung zu.

BILDUNG

- Durch die freie Schulwahl und den hohen Anteil privater Schulen ist in Großbritannien eine soziale und ethische Polarisierung zu beobachten. In sozial schwachen Vierteln dominieren „Restschulen“ mit einem hohen Anteil von MigrantInnen, Armen und schwierigen Kindern, während die Reichen und Schönen in den Villenvierteln unter sich bleiben. Durch die finanzielle Aushungerung der öffentlichen Schulen müssen sich die Schulen zunehmend nach privaten Sponsoren umsehen. So finden sich in Schulbüchern Inserate der „Qualitätszeitung“ The Sun,

Schulsportvereine werden vom „Vorbildkonzern“ Nike ausgestattet und große Banken investieren in CD-Roms und Computerspiele für wirtschaftliche Fächer.